

ZeitZeichen

Das Gemeinsame finanzieren

75
Jahre
KABÖ

- 2 **Editorial**
REDAKTIONSKOLLEKTIV
- 2 **Karikatur**
JÖRG PAGGER
- 3 **Solidarisch betrachtet**
HUBERT GRATZER
- 4 **Steuergeld, Staatshaushalt und Gesamtkunstwerke**
Der Staat ist kein Privatunternehmen
MARKUS MARTERBAUER
- 6 **Schieflage des Steuersystems bleibt**
Doppelbudget 2027/28
BARBARA SCHUSTER
- 8 **Budget der Vielen: Wirtschaften fürs Leben**
Zukunftsinvestitionen statt Kürzungen an der falschen Stelle
ELISABETH KLATZER
- 10 **Nicht leicht, aber möglich**
Gerechte Verteilung
SEVERIN RENOLDNER
- 12 **Auswirkungen von Kürzungen öffentlicher Gelder auf Einrichtungen**
NEBA, Neustart, PfarrCaritas
ALOIS TUSCHER, ANNELIESE PIEBER, KATHARINA RENNER
- 13 **Aufstehen, eintreten, Stimme erheben**
Interview mit Hans Lechner zu 75 Jahre KABÖ
- 14 **Gehalt geheim, Ungleichheit sicher**
EU-Entgelttransparenz-Richtlinie
EVELYN REGNER
- 15 **Zusammenhalt – für gute Arbeit**
Tag der menschenwürdigen Arbeit
MARIA LANGMAIER
- 16 **Ankündigungen, Impressum**
- 17 **Wir stellen vor: VERONIKA ABEL ist neue KABÖ-Generalsekretärin**
- 18 **Im Gespräch bleiben – auch über soziale Gerechtigkeit**
KAB+ Dialoge in der Steiermark
JOHANNES LABNER
- 19 **Oh Gott – ein Sessel!**
Alltagsgeschichten
KARL A. IMMERVOLL
- 20 **Aufrecht statt gerädert**
KAB-FrauenSommerakademie 2026
ELISABETH ZEINDLINGER

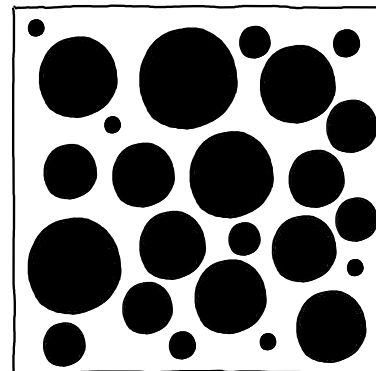
Politik in Zahlen

Das Doppelbudget 2026/27 löste unterschiedlichste Reaktionen aus. Doch wie funktioniert ein Staatshaushalt grundsätzlich? Finanzminister **MARKUS MARTERBAUER** beantwortete unsere Frage nach den Kriterien für eine Budgeterstellung, nach Zusammenhängen und Auswirkungen ausführlich, nachzulesen auf den Seiten 4 und 5. Um eine Einschätzung aus sozialer und ethischer Perspektive ersuchten wir **BARBARA SCHUSTER** und **SEVERIN RENOLDNER**. **ELISABETH KLATZER** stellt uns das alternative „Budget der Vielen“ vor. Drei von Kürzungen im Sozialbereich Betroffene baten wir um ein knappes Statement aus der Praxis.

Den Blick auf Zahlen abseits des österreichischen Budgets lenkt **EVELYN REGNER** in ihrem Beitrag zur EU-Entgelttransparenz-Richtlinie, letztlich ein Gerechtigkeitsthema, das uns als KAB seit langem beschäftigt! Die Beiträge der KAB Steiermark und Wien und die Erinnerungen von **HANS LECHNER** geben Einblicke in verschiedene Schwerpunkte und last but not least stellen wir Ihnen auf Seite 17 die neue Generalsekretärin der KABÖ vor – herzlich willkommen, **VERONIKA ABEL**!

Wir wünschen erkenntnisreiche Lektüre an einem hoffentlich gemütlichen Plätzchen und laden ein zu Rückmeldungen über Inhalt und Gestaltung an zeitzeichen@kaoe.at.

Ihr Redaktionskollektiv



*BUDGETLÖCHER - UNIVERSUM :
TARNT SICH GERNE ALS NATURGESETZ,
ENTSTEHT ABER IN WIRKLICHKEIT AUS UNTERSCHIEDLICHEN
IDEEN DARÜBER, WAS WIR FÜR GERECHT HALTEN.*

JÖRG PAGGER ist Grafiker, Zeichner, Karikaturist
und Wortspieler. www.joergpagger.at

TITELBILD: ISTOCK/LOVEISCHIANGRAI

Gemeinsam Verantwortung tragen



Hubert Gratzner

ist Vorsitzender der Katholischen Arbeitnehmer:innen Bewegung Österreich.

FOTO: SARAH BRUNNER

Wir von der KAB sehen das Glück des Einzelnen und die gute Gemeinschaft als etwas untrennbar Zusammengehörendes. Klar ist aber auch, dass es in einem Land viele Gruppen gibt, die ihre Einzelinteressen vorreihen und daher meinen, Anspruch auf mehr Geld oder weniger Last zu haben.

Also müssen Interessenskonflikte ausgehandelt werden – das Ergebnis zeigt sich in der Verteilung der Steuerleistungen und in der Unterstützung Einzelner und Gruppen – dieser Prozess ist sensibel und wird oft nicht offen und fair ausgetragen.

Als Christ:innen haben wir da aus Bibel und Soziallehre eine klare Grundlage, wie wir uns in diese Auseinandersetzung einbringen sollen. Solidarität ist das Fundament, Gemeinwohl und allgemeine Bestimmung der Güter sind unverzichtbare Bausteine, wie sie auch Papst Leo XIV. in seiner Enzyklika *Magnifica Humanitas* (MH) zur Sprache bringt:

Damit sie allen zum Leben gereichen

Das II. Vatikanische Konzil bekräftigt die Unterscheidung bzw. Autonomie von kirchlicher und politischer Gemeinschaft. Die Kirche ist aber auch ein Zeichen der

Einheit für die gesamte Menschheitsfamilie und erkennt in den Herausforderungen der gegenwärtigen Zeit den Ort für ihren Dienst. So beteiligt sie sich engagiert an der Verwirklichung eines gerechten und geschwisterlichen Zusammenlebens. (MH 19) Die Rechte und die unveräußerliche Würde jeder Person anzuerkennen, erfordert eine entsprechende Gestaltung unseres Zusammenlebens. Das Ganze ist mehr als die Teile, denn die bloße Summe von Einzelinteressen ist nicht in der Lage, eine bessere Welt für die gesamte Menschheit zu schaffen. (MH 61) Zur Verwirklichung des Gemeinwohls obliegt dem Staat die Aufgabe, Zusammenhalt und eine gerechte Organisation der Zivilgesellschaft zu gewährleisten.

Konkret bedeutet das, dass die öffentliche Hand die heikle Aufgabe hat, die verschiedenen Interessen „auf gerechte Weise miteinander in Einklang zu bringen“ (MH 82) und

dabei ein Gleichgewicht zwischen Partikularinteressen und dem Wohlergehen aller zu suchen, ohne die Schwächsten zurück zu lassen. Die allgemeine Bestimmung der Güter gehört zum Gemeinwohl unbedingt hinzu. Gott hat „die Güter der Erde – Boden, Wasser, Luft, natürliche Ressourcen – der gesamten Menschheitsfamilie geschenkt, damit sie ... allen zum Leben gereichen“ (MH 65). Das Recht auf Privateigentum hat Sinn und Funktion, ist aber der allgemeinen Bestimmung der Güter untergeordnet. (MH 66) Der Papst spricht oftmals die gefährliche, friedensbedrohende Entwicklung der exorbitanten Ungleichverteilung an.

Leo XIV. fordert am Ende des Textes zum Handeln auf. Wir sehen das als Stärkung und Auftrag, den wir leben wollen: An Liebe und am Frieden bauen. Die Perspektive der Opfer einnehmen. Dialog anstoßen. Beten. Hoffen.



Steuergeld, Staatshaushalt und Gesamtkunstwerke

Das Budget ist mehr als eine Fülle an Zahlen. Ein Budget zu erstellen, bedeutet Schwerpunkte zu setzen, politische, soziale, wirtschaftliche, ökologische. Ein kleiner Einblick in das Funktionieren des Staatshaushaltes von Finanzminister **MARKUS MARTERBAUER**.

Manche sagen, es ist simpel. Da die Einnahmen, dort die Ausgaben. Wenn es ein Defizit gibt – und damit die Ausgaben die Einnahmen übersteigen –, haben wir ein Ausgabenproblem. Weil wir nicht mehr ausgeben können, als wir einnehmen. Also bitte Ausgaben kürzen, am besten um viele Milliarden. Wer so über das Budget des Bundes spricht, zeigt, dass er sich wenig bis gar nicht mit diesem Thema beschäftigt hat. Denn

ein Budget hat sehr viele Dimensionen. Nicht umsonst wird von in Zahlen gegossener Politik gesprochen und nicht umsonst ist es zentral in der Arbeit der Regierung.

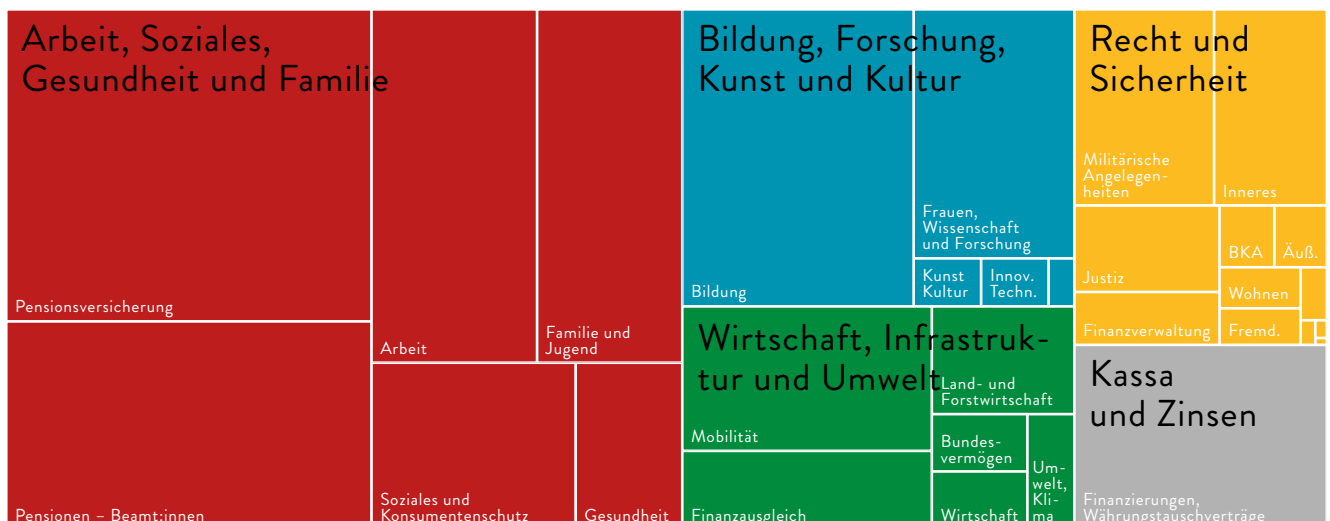
Das Doppelbudget 2027/28, das im Juni vorgelegt wurde, ist ein Gesamtkunstwerk. Es sichert die Finanzierbarkeit der Sozialsysteme, setzt wirtschafts- und sozialpolitische Impulse, ist nachfrageschonend und reduziert das

Defizit. Mehr als die Hälfte der Budgetsanierung tragen Unternehmen und Besserverdienende bei. Wir sorgen für Ausgewogenheit, nicht zuletzt in Bezug auf die Verteilungswirkungen. Und wir bringen weitere strukturelle Reformen auf den Weg und erhöhen die Effizienz des öffentlichen Sektors.

Die Vorgängerregierungen haben ein enorm großes Budgetloch hinterlassen. Die jetzige Regierung

Budget 2027/28

Ausgabenstruktur nach Rubriken und Untergliederungen in Millionen Euro



räumt auf. Schritt für Schritt wird das Defizit reduziert. Ein „Übers-Knie-Brechen“ würde zu Verwerfungen am Arbeitsmarkt und bei den Sozialleistungen führen.

Es steht außer Frage, dass wir sparen müssen. Der Grund ist einfach. Würden wir es nicht tun, hätte das immer höhere Zinszahlungen zur Folge. Diese steigenden Zahlungen würden immer mehr Anteil an den Staatsausgaben einnehmen. Wir investieren das Geld aber lieber in Schulen und Schienen, lieber für Kindergärten und Pflege als in Zinszahlungen.

Aufteilung des Steuergeldes

Vielleicht ist es anschaulicher, wenn man sich klar macht, was mit dem Steuergeld passiert. Angenommen, wir haben 150 Euro Steuergeld. Davon wird rund ein Drittel, also 50 Euro, vom Bund an die Länder und Gemeinden weitergeleitet. Ein weiteres Drittel geht in Sozialleistungen, also Pensionen, Gesundheit, Familienleistungen.

Das restliche Geld wird weiter aufgeteilt: für Bildung, Schulen, Forschung, Kunst und Kultur. Für Infrastruktur, Wirtschaft und Umwelt – also Straßen, Öffis, Klimaschutz. Für Recht und Sicherheit – Polizei, Bundesheer, Gerichte. Kürzungen im Budget treffen unweigerlich einen dieser Bereiche. Und mehr als 5 Euro wenden wir von diesem Geld bereits für Zinsen auf – also laufende staatliche Finanzierungen.

In den Sozialstaat und damit in unsere Absicherung fließt viel Geld. Wir stehen vor einer historischen Verantwortung. Denn der Sozialstaat ist eine der größten zivilisatorischen Errungenschaften. Daher erteilen wir den Plänen für ein Kaputtsparen des Sozialstaates, wie sie da und dort geäußert wurden, eine klare Absage. Wir, die wir

den Sozialstaat erhalten und verbessern wollen, müssen auch für die Sicherung seiner Finanzierbarkeit sorgen. Mit kontinuierlichen Anpassungen und rechtzeitigen Reformen. Wir tun genau das. Die Bundesregierung ergreift mit dem Doppelbudget 2027/28 Maßnahmen, um die finanzielle Gebarung von Pensions-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung kurzfristig und mittelfristig zu stabilisieren und auf festere Beine zu stellen.

Aber was ist eigentlich der Unterschied zwischen einem Staat und einem Unternehmen?

Wie bei einer Bilanz eines privaten Unternehmens stehen auch im Staatshaushalt die Einnahmen den Ausgaben gegenüber und daraus ergibt sich ein Überschuss oder ein Defizit. Doch im Staatssektor sind die Dinge in viel weiterem Zusammenhang zu betrachten. Der allerwichtigste Unterschied zwischen einem privaten Unternehmen und dem Staat ist, dass der Staat in seiner Gestaltung von Einnahmen und Ausgaben die Wirkung auf die Gesamtwirtschaft berücksichtigen muss.

Steuererhöhungen auf der einen Seite, Staatsausgabenkürzungen auf der anderen Seite, um ein Defizit zu verringern, führen dazu, dass das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte verringert wird, und der Staat muss seine Einnahmen- und Ausgabenseite so gestalten, dass eine gesamtwirtschaftlich gute Entwicklung möglich bleibt, dass die Arbeitslosigkeit nicht steigt und die Inflation nicht davongaloppiert.

Steuern heißen nicht ohne Grund so. Mit ihnen kann der Staat steuernd eingreifen. Das passiert an allen Ecken und Enden: Wenn man hochprozentigen Alkohol verteuert, hat das gesundheitliche Implikationen und ist gut für die Staatskasse. Wenn man grüne Investitionen



Markus Marterbauer

Bundesminister für Finanzen, Volkswirt. Zuvor am WIFO und als Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Arbeiterkammer Wien tätig.

FOTO: BMF/PRINZ

steuerlich erleichtert, gibt man Anstöße für mehr Klimafreundlichkeit. Auch bei den Ausgaben setzt der Staat seine Schwerpunkte.

Der Staatshaushalt hat ganz viele andere Dimensionen als jener von privaten Unternehmen und wir brauchen deshalb eine eigenständige makroökonomische Sichtweise auf ihn.

Stabile Staatsfinanzen, die Eindämmung der hohen Lebenshaltungskosten, sinkende Arbeitslosigkeit und Treibhausgasemissionen sowie insgesamt die Stärkung unseres österreichischen Modells einer erfolgreichen Wirtschafts- und Sozialpolitik: Das wird das Ergebnis unserer Sanierungsarbeit sein. Und dabei können wir selbstbewusst sein! Denn wir haben das weltweit überlegene Wirtschafts- und Sozialmodell. Und das verteidigen wir. ■

Schieflage des Steuersystems bleibt

Budgets sind mehr als nur Zahlen und Tabellen. Sie zeigen die Prioritätensetzung einer Regierung und wen sie zur Finanzierung zur Kasse bittet. Jetzt soll die Staatsverschuldung unter die 3-Prozent-Schwelle gedrückt werden, um die Budgetregeln der EU zu erfüllen; somit ein weiteres Sparbudget. Ein Beitrag der Ökonomin **BARBARA SCHUSTER**.

Wer zahlt die Rechnung? Gekürzt wird in den Bereichen Pensionen, Arbeit, Soziales und dem Klimaschutz, während unvorstellbare Vermögen weiterhin unangetastet bleiben. Besonders problematisch ist die Verteilung der Sparlast. Die Einschnitte bei Arbeit, Pensionen und Sozialleistungen fallen mit rund 1,8 Milliarden Euro am Ende immens aus. Für Beschäftigte mit niedrigen Löhnen steigen die Arbeitslosenversicherungsbeiträge, Familien-

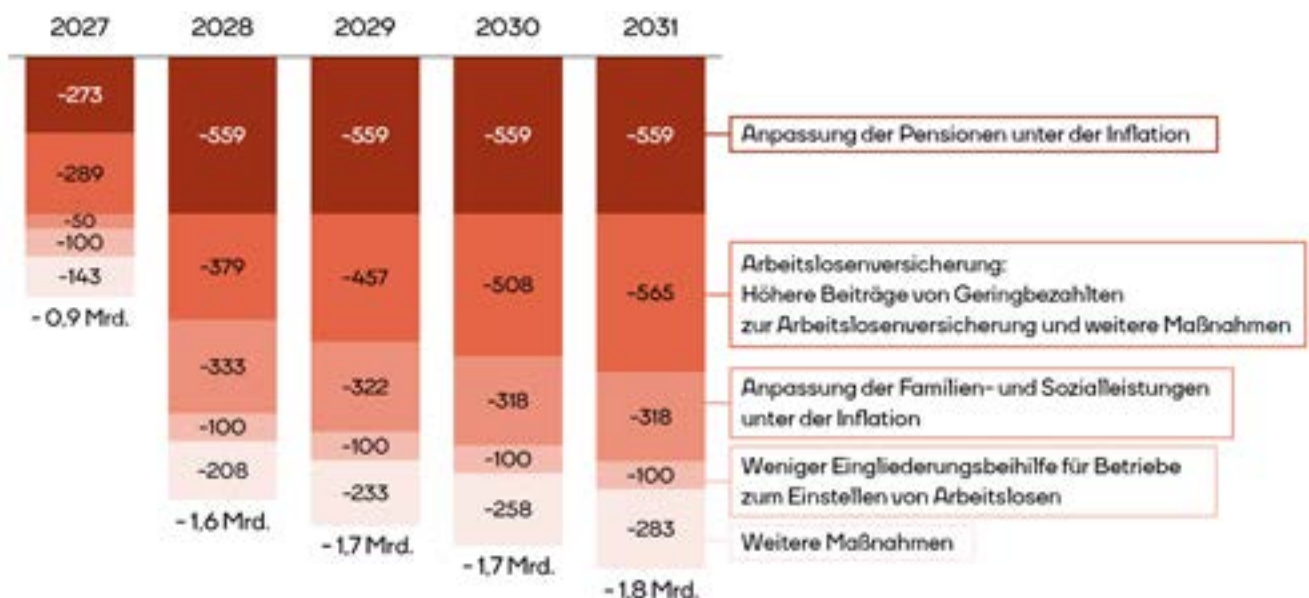
leistungen werden nicht an die Inflation angepasst, der Familienbonus wird gekürzt und fast alle Pensionen werden 2027 unterhalb der Inflationsrate angepasst.

Mehr als drei Viertel aller Haushalte sind von diesen Sparmaßnahmen betroffen. Gerade Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen trifft das hart: relativ gesehen, verlieren die unteren Einkommensgruppen am meisten. Im Durchschnitt kos-

tet das Paket einen Haushalt rund 277 Euro pro Jahr. In Zeiten steigender Lebenshaltungskosten ist das keine Nebensächlichkeit. Werden Familien- und Sozialleistungen nicht vollumfänglich an die Teuerung angepasst, sinkt die Kaufkraft schleichend. Rund 288.000 armutsgefährdete Haushalte – fast jeder zweite! – verlieren durch die Budgetmaßnahmen Einkommen. Das befeuert die ohnehin seit 2019 stark gestiegene Armutsgefährdungs-

Soziale Einschnitte des Doppelbudgets bis 2031

Maßnahmen in Millionen Euro





Barbara Schuster

ist stellvertretende Chef-
ökonomin am Momentum
Institut. Zu ihren Forschungs-
schwerpunkten zählen
Verteilung, Arbeit, Vermögen
sowie Geschlechtergerechtigkeit.

FOTO: MARLENE FEICHTENSCHLAGER

quote noch weiter. Lag sie 2019 noch bei 13,3 Prozent, waren es 2025 bereits 16 Prozent.

Geld hat ein Geschlecht

Hinzu kommt, dass Budgetpolitik niemals geschlechtsneutral ist, weil sich männliche und weibliche Lebensrealitäten stark unterscheiden: Erwerbsbiografien, Einkommen und Sorgearbeit sind in Österreich nach wie vor ungleich verteilt. Frauen arbeiten bezahlt häufiger in Teilzeit, schultern den Großteil unbezahlter Betreuungsarbeit und sind gleichzeitig stärker auf familienbezogene Leistungen angewiesen. Was im Budget als Kürzung erscheint, ist für sie ein weiteres Risiko für Abhängigkeit und Altersarmut.

Auch Familien gehören zu den großen Verlierer:innen des Doppelbudgets. Die Kombination aus ausbleibenden Leistungsanpassungen und steigenden Lebenshaltungskosten führt dazu, dass gerade Haushalte mit Kindern vor realen Einkommensverlusten stehen. Dabei wird häufig übersehen, dass Familienpolitik nicht nur Sozialpolitik ist. Sie beeinflusst unmittelbar die Erwerbsbeteiligung, die Bildungschancen von Kindern und damit die langfristige wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Wer bei Familien spart, spart nicht nur

an der Gegenwart, sondern auch an der Zukunft.

Besteuerung von Vermögen unangetastet

Im Budget fehlt die Balance zwischen der Besteuerung von Arbeit und Vermögen. Während Arbeitnehmerinnen über höhere Beiträge oder indirekte Kürzungen zur Budgetsanierung beitragen, bleiben große Vermögen und Erbschaften weitgehend unangetastet. Zwar werden Banken und Großkonzerne mit der verlängerten Bankenabgabe und einer höheren Körperschaftsteuer an der Budgetsanierung ein bisschen beteiligt, ihr Beitrag bleibt jedoch weit unter dem eigentlichen Potenzial.

Die Schieflage des österreichischen Steuersystems ist die größte Ungerechtigkeit und eine verpasste Chance in diesem Sparpaket: Arbeit wird stark besteuert, Vermögen vergleichsweise wenig bis gar nicht – die Frage nach dem Warum bleibt offen!

Gleichzeitig sollen Unternehmen ab 2028 durch eine Kürzung der Lohnnebenkosten entlastet werden – zur Erinnerung: Die Lohnnebenkosten sind eigentlich Lohnnebenleistungen der Beschäftigten, bezahlt von den Arbeitgebenden. Diese Maßnahme kostet uns zwei

Milliarden Euro jährlich und ist der größte budgetäre Brocken des Pakets. Große, beschäftigungsintensive Konzerne profitieren davon besonders. Die Unternehmen zahlen die Senkung der Lohnnebenkosten selbst, tragen damit aber nur mehr wenig zum eigentlichen Sparpaket bei.

Riskante Folgen

Für eine ausgewogene Budgetsanierung braucht es eine kluge Prioritätensetzung: zuerst ineffiziente Förderungen und klimaschädliche Subventionen abbauen, dann exorbitante Vermögen, große Erbschaften und Übergewinne stärker beteiligen. Hätte die Regierung das getan, bräuchte es keine sozialen Einschnitte. Eine nachhaltige Budgetpolitik muss die langfristigen sozialen Folgen im Blick haben – wer heute falsch spart, zahlt morgen doppelt. Wer Konsolidierung vor allem über Einschnitte bei Familien, Beschäftigten, Pensionist:innen und armutsgefährdeten Haushalten organisiert, riskiert sozialen Zusammenhalt und Vertrauen in die Politik. Beides lässt sich später weit schwerer reparieren als ein Budgetdefizit. ■

Zukunftsinvestitionen statt Kürzungen an der falschen Stelle

Budgetpolitik ist immer in Zahlen gegossene Gesellschaftspolitik. Die Regierung allerdings präsentiert das Budget gerne als alternativlos. So auch das Doppelbudget 2027/28. Kürzungen wären unumgänglich, jede:r müsse den Gürtel enger schnallen, diese Erzählung wird von offizieller Seite gerne verbreitet. Seit Jahren zeigt FAIRsorgen! mit der feministischen Budgetrede anlässlich der Präsentation des Bundesbudgets im Parlament, dass das eine falsche Erzählung ist.

Budgetpolitik wird von den Prioritäten der Regierenden geprägt. Es gibt immer unzählige Alternativen zur Gestaltung des Budgets. Daher ist es demokratiepolitisch sehr wichtig, die Alternativen und Handlungsspielräume in die Diskussion zu bringen und bessere Prioritätensetzungen aufzuzeigen.

Das hat auch im Juni 2026 anlässlich der Präsentation des Doppelbudgets eine breite zivilgesellschaftliche Allianz mit der Alternativen Budgetrede vor dem Parlament wieder gemacht und ein Mosaik an zukunftsweisenden Vorschlägen für das Budget vorgestellt. Das Bündnis FAIRsorgen! hat zivilgesellschaftliche Organisationen eingeladen, gemeinsam ein

Budget der Vielen zu erarbeiten, und so aus feministischer, sozialer, ökologischer, Care- und Friedens-Perspektive zu zeigen, wie innovative und zukunftsorientierte Steuer- und Budgetpolitik aussieht.

Das Budget der Vielen zeigt: Das Geld wäre da – ganz ohne den finanziell schlechter Gestellten noch größerer Lasten aufzubürden. Budgetieren ist immer eine Prioritätenfrage. Und eine Frage, wer wie viel beiträgt.

Es zeigt auf, dass es sowohl einkommen- als auch ausgabenseitig ein großes Potential gibt. Wenn alle faire Beiträge leisten, ist das Geld für ein Zukunftsbudget da. Es ist nur eine Frage des politischen Willens, zukunftsschädliche Ausgaben abzubauen und faire Beiträge der Reichsten zu erheben. Die Vorschläge des Budgets der Vielen bringen Mehreinnahmen von mindestens 30 Milliarden Euro jährlich, mittelfristig auch deutlich mehr: Ein fairer Beitrag von den Reichsten und von Konzernen, der Abbau klima- und umweltschädlicher Subventionen, eine angemessene Besteuerung der Übergewinne

von Konzernen und Energieversorgern, die von unserer fossilen Abhängigkeit profitieren, und die sozial gerechte Umwandlung des Familienbonus, der derzeit als Steuergeschenk gestaltet ist, das vor allem gutverdienenden Vätern zugute kommt, während Frauen die unbezahlte Arbeit haben, schaffen große Spielräume. All diese zukunftsorientierten Ansätze auf der Einnahmenseite sind im Budget der Bundesregierung nicht zu finden.

Zukunftsinvestitionen in Care-Leistungen sind einer der Schwerpunkte des Budgets der Vielen: Gerade jetzt in der sich zuspitzenden Care-Notlage und der sich drastisch verschlechternden Versorgung in Gesundheit, Betreuung und Bildung braucht es ein starkes Investitionspaket in Care-Leistungen. Das ist nicht nur gutes Wirtschaften fürs Leben, sondern angesichts der flauen Wirtschaftsentwicklung auch ein wirtschaftspolitisches Gebot der Stunde. Investitionen in diese Bereiche haben die höchsten Beschäftigungs- und Wachstumswirkungen und bringen eine hohe Wertschöpfung in Österreich.

Budget der Vielen

Hinter dem Budget der Vielen stehen folgende Organisationen und Initiativen:

Österreichischer Frauenring, Attac Österreich, FAIRsorgen!, Inklusion Österreich, Fridays for Future Austria, die Armutskonferenz, Fiscal Future Austria, One Billion Rising, BEIGE-WUM, GLOBAL 2000, Women's International League for Peace & Freedom.

Ein weiterer Schwerpunkt des Budgets der Vielen liegt beim Klima- und Umweltschutz. Die aktuellen Klimaschutzmaßnahmen der Republik Österreich sind nicht ausreichend, um unsere Klimaziele zu erreichen und unsere Lebensgrundlagen zu schützen. Mit dem Abbau klima- und umweltschädlicher Subventionen lassen sich zwei Probleme mit einem Maßnahmenpaket lösen. Hier besteht laut Wirtschaftsforschungsinstitut ein Sparpotential von 5,7 Milliarden Euro jährlich



(www.wifo.ac.at/publication/70096/).

Nicht erst die Hitzewelle im Sommer 2026 zeigt, dass es dringend mehr Investitionen in den Klimaschutz braucht: Angemessene Förderungen für Sanierungen und Heizungstausch, eine Weiterfinanzierung des Klimafonds und leistbaren öffentlichen Verkehr.

Ein faires Budget muss auch nach feministischen und sozialen Perspektiven gestaltet werden. Das

Budget der Vielen zeigt in vielen weiteren Bereichen, welche Schwerpunkte nötig sind, beispielsweise bei der Inklusion in allen Lebensbereichen. Bei der Bildung zu sparen bedeutet, an der Zukunft zu sparen. Statt da den Rotstift anzusetzen, braucht es dringend eine Stärkung der Chancengerechtigkeit für junge Menschen.

Statt ungebremst das Budget für das Militär in die Höhe zu treiben budgetiert das Budget der Vielen in soziale Sicherheit und Friedensförderung. Grundsätzlich sollte die Hälfte des Militärbudgets für echte Friedensarbeit eingesetzt werden. Für Bildung, für den Frieden, für die Stärkung der sozialen Sicherheit und für internationale Zusammenarbeit.

Das Budget der Vielen zeigt, ob es den Mut und den politischen Willen gibt, ein gerechtes, zukunftsweisendes Budget vorzulegen. Das wird dann geschehen, wenn wir die „Sachzwangsgeschichte“ von unvermeidlichen Kürzungen nicht mehr



Elisabeth Klatzer

ist Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlerin, Studium an der WU Wien und Harvard University, tätig in Forschung, Beratung und Zivilgesellschaft, Mitbegründerin der Femme Fscale, Netzwerk für geschlechtergerechte Budget- und Wirtschaftspolitik, des European Gender Budgeting Networks und der Initiative FAIRsorgen!.

FOTO: GLOBAL 2000, LEO DAUBLEBSKY

glauben, und uns in breiten Bündnissen aktiv für eine gute, fairsorgende Budgetpolitik einsetzen. ■



Nicht leicht, aber möglich

Der Theologe und ehemalige Politiker **SEVERIN RENOLDNER** konstatiert: Die österreichische Budgetdebatte krankt an Verwechslungen und Tabus. Langfristige Reformen (Schule, Pensionen, Föderalismus) müssen vom – möglichst einjährigen! – Budget unterschieden werden. Gleichzeitig soll ein Jahresbudget Prioritäten wie Gesundheit, Klima, Bildung und gerechtere Verteilung voranstellen und nicht verschämt im Kleinen nachkorrigieren. Zur wichtigen Absicherung der Grundfunktionen des Staates (Erhaltung der sozialen Sicherheit, Gesundheit, Bildung, Kultur, Arbeitsmarktpolitik, Altersversorgung, Justiz, äußere und innere Sicherheit) plädiert Renoldner für mehr Kapitalbesteuerung zugunsten der Entlastung des Faktors Arbeit und stellt den Zusammenhang zur katholischen Soziallehre her, vor allem zu den Prinzipien Gemeinwohl und Nachhaltigkeit.

Im Unterschied zu den meisten OECD-Staaten hat Österreich keine direkten Vermögenssteuern. Das Budget denkt arbeitsplatzfixiert. Es könnte jedoch Arbeit entlasten und Kapital besteuern. Ein Beispiel: Dieter Mateschitz konnte 2012–22 sein Vermögen von 6 auf 24 Mrd. Euro steigern. Bei einer Besteuerung von 1 % hätte er in diesen 12 Jahren 1,8 Mrd. Euro bezahlt. Auch mit einem Zuwachs auf „nur“ 22 Mrd. Euro wäre er bestimmt nicht ausgewandert, seine

Mitarbeiter:innen hätten ihm Lohnnebenkosten erspart. Bereits 0,5 % Besteuerung brächte dem Staat mehr als der gesamte Konsolidierungsbedarf ausmacht.

Papst Leo XIV. schreibt 2026 in seiner Enzyklika *Magnifica Humanitas* (Abs. 63): „Wenn die Politik auf eine langfristige Perspektive verzichtet und sich auf kurzfristige Kalküle oder sterile Polarisierungen beschränkt, dann verliert das Sprechen über das Gemeinwohl an Glaubwürdigkeit und Ungleichheiten sowie soziale Spaltungen

87%

der Bevölkerung befürworten
Vermögenssteuern

nehmen zu.“ Die Regierungsparteien Österreichs könnten mehr auf Glaubwürdigkeit und Zukunftsstrategien setzen und damit vielleicht sogar Wahlen gewinnen: die Bevölkerung an der Budgetdebatte beteiligen (Beispiel Klimarat) – sie aber dann auch ernst nehmen! Die 2026 von multidisziplinären Spitzenforscher:innen durchgeführte Soziale Studie „Survey Österreich“ erhob 87 % Zustimmung zu Vermögenssteuern!

Akzeptable Details, fehlende Zukunftsstrategien

Man muss die Bundesregierung dafür loben, dass sie viele kleine

Brocken addiert hat – das ist richtig, denn bei einem Budget verstecken sich hunderte Millionen in Details. Lob verdienen auch die Ansätze zu Gemeinschaftspraxen regional und zur besseren Gliederung der Gesundheitspolitik (Bund-Land-Bezirk). Und es ist sinnvoll, Familienleistungen nicht aus Lohnnebenkosten zu bezahlen.

Leider wurden die großen Eingriffe unglücklich gesetzt, z. B. bei Arbeitsmarktpolitik und Arbeitslosenversicherung, am folgenreichsten in der Kürzung von Forschung und Hochschule. Österreich hätte hier Aufholbedarf. Der fast komplette Ausstieg aus der Förderung der Energiewende (CO₂-Alternativen) muss jetzt durch den Markt kompensiert werden, während man Diesel und Flugzeuge staatlich fördert.

„Dieser Kahlschlag wird uns ab 2030, wenn die Klimaziele abgerechnet werden, Milliarden kosten.“

Alte Technologie zu fördern, während digitale und CO₂-freie Technik längst ausgereift ist, übersieht, dass europäische Industrien von Indien, China u. a. überholt wurden und wir aufholen anstatt bremsen sollten. So hat etwa der Rück-



Severin Renoldner

Sozialethiker, Professor an der Pädagogischen Hochschule der Diözese Linz, Nationalratsabgeordneter in den 1990ern

FOTO: PRIVAT

wärtsgang der EU zu fossilen PKWs nicht verhindert, dass VW 100.000 Kündigungen anmeldet. Schädliche Subventionen sollten durch Förderungen und Anreize zum Umstieg auf CO₂-freie Technik, auch in der Landwirtschaft, ersetzt werden: jedes Jahr weniger hier und mehr dort.

Uns fehlen Pflegekräfte, Ärzt:innen usw. Eine Strategie könnte sein: Maßnahmen, um Ausländerinnen (und andere) für diese Jobs zu gewinnen und zu qualifizieren – sie sollen hier leben mit Würde, Wohnung und Pensionsanspruch! Oder: Österreich verwaltet um 30 bis 40 % mehr Häftlinge pro Kopf als Deutschland oder die Schweiz.

Fast 10.000 Personen sind auf 8.000 Haftplätzen untergebracht – auch eine Gefahr für das Personal! Eine Amnestie – nach sorgfältiger Abwägung, bei kurzen Reststrafen, guter Führung und keiner Gefährdung – würde einen sofortigen Entlastungseffekt bringen im Gegensatz zum langdauernden und teuren Plan, drei neue Gefängnisse mit 750 zusätzlichen Dienststellen zu bauen.

Das Gemeinsame demokratisch finanzieren

Ein Budget ist die „in Zahlen gegossene Regierungspolitik“. Nicht umsonst pflegen Kommunen wie Freiburg im Breisgau das „demokratische Budget“. Die Bevölkerung

entscheidet, wofür das öffentliche Geld – ihr Geld – ausgegeben wird. Keine simple Konfrontation um Details (Stadion, Windrad, Altersheim oder Theater), sondern Verantwortung für das Gesamte. Wie viel geht sich für das gute Leben aller aus? Irgendwann sollte auch Österreich sich diese Frage stellen. ■



FOTO: ISTOCK

NEBA – Netzwerk berufliche Assistenz

dient österreichweit zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen zur beruflichen Inklusion am ersten Arbeitsmarkt.

Die „Einsparungen“ seitens der Regierung mit Beginn 2026 in der Höhe von 35 Millionen Euro ergaben einen tiefen Einschnitt für die betroffenen Menschen mit Behinderung. In Folge wurden die Dienstleistungen der verschiedenen Assistenzleistungen etwa im Jobcoaching reduziert. Diese förderliche Unterstützung dient zur Erlangung und Absicherung eines Dienstverhältnisses am ersten Arbeitsmarkt. Die Kürzung bringt weniger Chancengleichheit für Menschen mit Behinderung mit sich und eine Verschiebung in die Sozialhilfe, was keine Verbesserung ist, weder volkswirtschaftlich noch menschlich.



Alois Tuscher

25-jährige Berufserfahrung als Jobcoach bis März 2026, Vorstandsmitglied der KAB Kärnten



Anneliese Pieber

ist Abteilungsleiterin bei NEUSTART und Mitglied im ZeitZeichenkollektiv

Das Budget trifft hart, es gibt Kürzungen in Millionenhöhe

NEUSTART führt bundesweit die Bewährungshilfe durch.

Ziel ist es, Menschen zu unterstützen, ein Leben ohne Kriminalität zu führen. Das beugt Straftaten vor und verhindert weitere Opfer. Unser Werkzeug ist der persönliche Kontakt mit unseren Klient:innen; so erreichen wir eine Verhaltensänderung und tragen zur Sicherheit bei. Hier zu sparen, erhöht mittelfristig Kosten für die Gesellschaft. Leistungen werden auf ihre weitere Durchführbarkeit geprüft. Projekte, wie die Betreuung von jugendlichen Intensivtäter:innen, müssen verschoben werden. Die Fallzahl wird sich erhöhen, was weniger Zeit für einzelne Klient:innen bedeutet.

Vielfachbelastung der Ärmsten

Das beschlossene Doppelbudget enthält zwar wichtige Investitionen in Pflege, Bildung und Gewaltschutz, aber auch schmerzliche Einsparungen, die vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen deutlich spüren werden.

In den pfarrlichen Lebensmittelausgaben, in unseren Klimaoasen und an vielen anderen Orten der Caritashilfe erleben wir täglich, wie sehr viele Menschen schon jetzt belastet sind. Wenn Unterstützungsleistungen nicht mit den steigenden Kosten Schritt halten, geraten vor allem Familien, Alleinerziehende und ältere Menschen noch stärker unter Druck. Auch Kürzungen bei Klima- und Umweltmaßnahmen treffen die Ärmsten unserer Gesellschaft am härtesten. Das wurde während der Hitzewellen dieses Sommers besonders deutlich.



Katharina Renner

Leitung PfarrCaritas und Nächstenhilfe, Caritas der Erzdiözese Wien; KAÖ Vizepräsidentin

Aufstehen, einstehen, Stimme erheben

HANS LECHNER war Vorsitzender der KAB Wien und ihrer Vereine, Bundessekretär der KABÖ und jahrzehntelang in der KAB aktiv. ZeitZeichen hat mit ihm über sein Engagement gesprochen.

Wie war dein Einstieg in die KAB?

Mit 49 habe ich einen Job im Wirtschaftsbereich der Erzdiözese Wien bekommen. Da wurde ich für den Diözesanvorsitz angesprochen. Den Grundstein hat auch bei mir die KAJ gelegt. Seit damals gab es Kontakt, obwohl ich in der Zeit der Familiengründung nicht aktiv war. Das Thema Arbeit war mir wichtig!

Deine Leitung fiel in bewegte Zeiten, bitte erzähle uns davon!

Eine große Herausforderung war, dass wir uns immer als Aktionsbewegung verstanden, explizite Mitgliederdateien aber fehlten. Das wurde uns angekreidet: Ihr werdet immer weniger, die KAB brauchen wir nicht mehr usw. Bei Postenvakanzen bestand die Gefahr, dass nicht mehr nachbesetzt würde. So bin ich auch Bundessekretär geworden: als überbrückende „Leihgabe“.

Großes Engagement verlangten die zwei Wohnhäuser in der Göllnergasse im 3. Bezirk. Dieser Besitz des „katholischen Arbeitervereins auf der Landstraße“ wurde nach dem zweiten Weltkrieg restituiert und der KAB zur Nutzung übergeben. Als Vorsitzender war ich Obmann des Vereins. Wir haben die alten Bauten saniert und ver-

mieten sie nach wie vor. Doch die Erhaltung eines guten Zustands braucht viel Einsatz und Überzeugungsarbeit.

Ein Schwerpunkt war auch der günstige Kroatien-Urlaub für Familien, organisiert über das „katholische Arbeiter Bildungs- und Hilfswerk“, den zweiten Verein der KAB Wien. Auf der Insel Cres in Osor war ein altes Haus gepachtet, ab 2006 war ich zuständig. Bis zu viermal im Jahr fuhren wir hin, auch für nötige Instandhaltungen.

75
Jahre
KABÖ

Leider wurde 2015 der Vertrag von der Diözese Krk nicht mehr verlängert. Diese Urlaube waren schon sehr prägend, noch heute fragen Leute danach.

Was freut dich noch immer?

Auf alle Fälle, dass wir einen Posten und ein Büro erhalten konnten, das ja eigentlich schon zur Schließung vorgesehen war. Es brauchte viel Argumentation, dass ohne uns die Lebensrealitäten arbeitender Menschen im kirchlichen Bereich nicht vorkommen!

Eine Erfolgsgeschichte sind auch die Barbarafeiern in Matzen und in Ternitz. In Matzen zusammen mit der OMV. Heuer zelebriert Weihbischof Stephan Turnovszky und nächstes Jahr Erzbischof Josef Grünwidl. Ich halte das noch immer für eine der besten KAB-Veranstaltungen, wegen der öffentlichen Wirkung und der Gesprächsmöglichkeit mit der Betriebsleitung.

Was wünschst du der KAB heute?

Dass sie eine Stimme ist, die gehört wird! Die Form, das ergibt sich, wenn Leute aktiv werden – das ist, glaube ich, ein Punkt, den man auch Jüngeren bzw. Nicht-KABler:innen mitgeben kann: Es ist wichtig, dass wer aufsteht und die Stimme erhebt!

Herzlichen Dank, Hans!



Überreichung der goldenen KAB Nadel an Hans Lechner v.l.n.r.: Hans Lechner, Sonja Meißl, Philipp Kuhlmann.

FOTO: PRIVAT

Gehalt geheim, Ungleichheit sicher

Eine Frau arbeitet seit Jahren in derselben Position wie ihr männlicher Kollege, mit vergleichbarer Ausbildung, vergleichbarem Aufgabengebiet, vergleichbarer Erfahrung. Was sie aber nicht weiß ist, dass er deutlich mehr verdient. Woher soll sie es auch wissen, denn ihr Gehaltszettel und sein Gehaltszettel sind Privatsache. Und hier liegt das Problem. Diese „Privatsache“ wird zum Wissensgefälle und führt dazu, dass Frauen EU weit 18 % weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen. Doch die gute Nachricht ist, die EU-Entgelttransparenz-Richtlinie soll das nun beenden und genau deshalb ist die aktuelle Debatte in Österreich für Frauen weit mehr als eine Frage der Verwaltungslast klärt die EU-Abgeordnete EVELYN REGNER auf.

„Wie lange wollen wir noch akzeptieren, dass Frauen und Männer für gleichwertige Arbeit unterschiedlich bezahlt werden, ohne dass jemand es nachweisen kann?“

Evelyn Regner

Hierzulande meldet sich vor allem die Industriellenvereinigung zu Wort, warnt vor einem „Bürokratiemonster“ und verweist auf die 98-prozentige Kollektivvertragsabdeckung als Beleg für ohnehin schon transparente Löhne. Der Blick über die Grenze zeigt aber, dass Österreich mit dieser Debatte europäisch gesehen spät dran ist, aber leider auch nicht allein.

Bis 7. Juni 2026 hätten alle 27 EU-Staaten die Richtlinie in nationales Recht gießen müssen.

Geschafft haben das nur wenige: Italien, Litauen, Malta und die Slowakei, kurz danach auch Griechenland. Deutschland, Spanien oder Frankreich hängen noch in Entwürfen fest, die Niederlande und Dänemark peilen erst Anfang 2027 an. Litauen oder Polen gehen aber an einigen Stellen sogar über die Mindestvorgaben hinaus. Die Antworten fallen europaweit also sehr unterschiedlich aus, doch nirgends verschwindet die Aufgabe von selbst.

Was Österreich von Europa lernen kann

Was lässt sich aus Ländern mit mehr Erfahrung lernen? Dänemark, das bereits 2006 zur Offenlegung geschlechtergetrennter Lohnstatistiken verpflichtete, konnte seine Lohnlücke messbar



Evelyn Regner,

Juristin, Europapolitikerin der SPÖ und Abgeordnete des Europäischen Parlaments, u. A. Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) sowie im Unterausschuss für Steuerfragen (FISC).

FOTO: PRIVAT

verringern, wenn auch nicht beiseitigen. Island verlangt seit 2018 einen zertifizierten Nachweis gleicher Bezahlung und führt seither die globalen Gleichstellungsrangings an. Im Kern geht es dabei um eine einfache Gerechtigkeitsfrage, dass Frauen das Gleiche wie Männer verdienen sollen, wenn sie gleiche oder gleichwertige Arbeit leisten. Nicht mehr, nicht weniger. Überall dort, wo Löhne offenliegen, verhandeln Beschäftigte und Gewerkschaften anders, und Arbeitnehmer:innen sind zufriedener.

Darüberhinaus lohnt sich in Zeiten, in denen ständig von Wettbewerbsfähigkeit die Rede ist, der Blick darauf, dass gut ausgebildete und zufriedene Arbeitnehmerinnen Europas eigentliche Stärke ausmachen und nicht das Festhalten an intransparenten Strukturen.

Letztendlich lautet die eigentliche Frage nicht, ob Transparenz Bürokratie verursacht. Die eigentliche Frage sollte lauten: Wie lange wollen wir noch akzeptieren, dass Frauen und Männer für gleichwertige Arbeit unterschiedlich bezahlt werden, ohne dass jemand es nachweisen kann?

Zusammenhalt – für gute Arbeit

Arbeit ist mehr als Einkommen. Sie ermöglicht Teilhabe, gibt Struktur und verbindet Menschen. Daran erinnert der *Internationale Tag der menschenwürdigen Arbeit*, den wir jedes Jahr am 7. Oktober begehen. Von MARIA LANGMAIER

Der Aktionstag wurde 2008 vom Internationalen Gewerkschaftsbund ins Leben gerufen. Im Mittelpunkt stehen dabei die Rechte arbeitender Menschen und die Forderung nach sinnstiftender Arbeit, die Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde ermöglicht.

Unser heuriges Motto „**Zusammenhalt – für gute Arbeit**“ rückt eine zentrale Frage in den Mittelpunkt: Was brauchen Menschen, damit Arbeit nicht trennt, sondern verbindet?

Eine wichtige Perspektive darauf bietet uns die neue Enzyklika *Magnifica Humanitas* von Papst Leo XIV. Sie beschreibt Arbeit als einen Ort, an dem Menschen sich ausdrücken, Beziehungen aufbauen und zur Gemeinschaft beitragen. Arbeit ist damit nicht nur Mittel zum Lebensunterhalt, sondern auch ein wichtiger Ort sozialen Zusammenlebens. Menschen bringen ihre Fähigkeiten ein, übernehmen Verantwortung und erleben, dass ihr Beitrag zählt.

Besonders stark ist der Gedanke der Zusammenarbeit: *Magnifica Humanitas* betont, dass Menschen durch Zuhören, Dialog und Kooperation gemeinsam etwas schaffen können, das niemand allein erreicht. Das gilt für den Arbeitsplatz

ebenso wie für die Gesellschaft. Gute Arbeit braucht daher nicht nur faire Bedingungen, sondern auch Mitbestimmung, gegenseitige Anerkennung und Solidarität.

Arbeit in Würde

Gerade angesichts des digitalen Wandels und der rasanten Entwicklung künstlicher Intelligenz gewinnt diese Perspektive an Bedeutung. Technischer Fortschritt darf den Menschen nicht auf Leistung und Produktivität reduzieren. Entscheidend ist, ob Innovation dazu beiträgt, dass Menschen ihre Arbeit in Würde tun können,



beteiligt werden und soziale Beziehungen erhalten bleiben.

„Zusammenhalt – für gute Arbeit“ ist deshalb mehr als ein Motto für unseren Aktionstag. Denn menschenwürdige Arbeit stärkt die Einzelne und den Einzelnen – und ein solidarisches Miteinander stärkt unsere Gesellschaft. Wo Menschen füreinander



Philipp Kuhlmann, Eva Rosewich und Maria Langmaier (rechts), sie ist Diözesansekretärin der KAB der ED Wien

FOTO: PRIVAT

Verantwortung übernehmen, entstehen Vertrauen, Teilhabe und Gemeinwohl.

Am **7. Oktober 2026** setzen wir auch in Wien ein sichtbares Zeichen. Bei unserer Verteilaktion besuchen wir Menschen an ihren Arbeitsplätzen und sagen DANKE für ihre Arbeit.

Mit dieser kleinen Geste wollen wir Wertschätzung zeigen und zugleich daran erinnern: Gute Arbeit geht uns alle an. Zusammenhalt beginnt dort, wo wir einander wahrnehmen, zuhören und füreinander eintreten.



FRAUEN*STREIKEN

Österreich kann sich ein
„Weiter so“ nicht mehr leisten!

Frauen* machten bei der Spontandemo am 10.8.2026 in Wien deutlich: ES REICHT! Geschlechterungerechtigkeiten sind kein Randthema. Sie entscheiden, wer am Ende des Monats weniger Geld hat. Wer beruflich zurückstecken muss. Wer später weniger Pension bekommt. Wer erschöpft ist. Wer keine Zeit für sich selbst oder für politische Arbeit hat.

Die KABÖ unterstützte das Aktionsbündnis FRAUEN*streiken.



Impressum

Medieninhaber:in (Verleger:in): Katholische Arbeitnehmer – Bildungs- und Hilfswerk Österreich, 1010 Wien, Spiegelgasse 3/2/6. Herausgeber:in: Katholische Arbeitnehmer:innen Bewegung Österreich, Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien; 0664/6217198, kab.office@kaoe.at. Geschäftsführung/Verwaltung: Mag.^a Gabriele Kienesberger. Redaktionskollektiv: Mag.^a Gabriele Kienesberger, Maria Langmaier, MSc, Anneliese Pieber DSA, Mag.^a Anna Wall-Strasser, Mag.^a Elisabeth Zarzer. Gestaltung: Charly Krimmel/sonderzeichen.at. Lektorat: Mag.^a Wilhelmine Deschberger, Dr.ⁱⁿ Sonja Meißl. Hersteller:in und Expedit: Druckerei Wograndl/Mattersburg, Verlagsort Mattersburg Bankverbindung: Schelhammer Capital, BIC: BSSWATWW, IBAN: AT93 1919 0000 0012 0659

Offenlegung: www.kaboe.at/site/oesterreich/zeitzeichen

KAB

Katholische Arbeitnehmer:innen
Bewegung Österreich

www.kaboe.at



WIR STELLEN VOR:

Veronika Abel ist neue KABÖ Generalsekretärin

Nach sechs intensiven Jahren mit der KABÖ hat **GABRIELE KIENESBERGER** ihre Erwerbsarbeit beendet. Als Pensionistin führt sie ehrenamtlich die Geschäfte des ZeitZeichen-Vereins weiter und gehört zum Redaktionskollektiv. Im Mai und Juni übergab sie das KABÖ Generalsekretariat in der Spiegelgasse an **VERONIKA ABEL**.

Wir freuen uns über die neue engagierte, aus der KAJ kommende Bundeskoordinatorin und wünschen ihr erfüllendes und erfolgreiches Arbeiten!

Veronika, was bewegt dich, zusätzlich zu deinem 20-Stunden-Job als Schulassistentin in Kapfenberg, die 10 Stunden-Koordination als KABÖ Generalsekretärin zu übernehmen?

Die Katholische Aktion begleitet mich schon viele Jahre. Ich habe sie als Raum für Engagement, für Begegnung und für eine Kirche, die mitten im Leben der Menschen steht kennengelernt. Meine beruflichen Stationen haben mich immer dorthin geführt, wo Menschen Unterstützung, Orientierung oder ein offenes Ohr brauchen. In der KAJ der Diözese St. Pölten durfte ich um die Jahrtausendwende junge Menschen begleiten und erleben, wie



sehr Kirche wachsen kann, wenn sie Jugendlichen Raum gibt. Als Ehrenamtliche in der Betriebsseelsorge St. Pölten und Kapfenberg-Leoben habe ich gelernt, wie wichtig es ist, soziale Anliegen ernst zu nehmen und Menschen in herausfordernden Situationen zu stärken. Die Arbeit bei den Kursen der Lebens- und Berufsnavigation in der Steiermark hat meinen Blick für Lebensübergänge geschärft und mir gezeigt, wie wertvoll es ist, Menschen in Veränderungsprozessen zu begleiten. Schließlich eröffnete mir der Lehrgang „Hingehen“, damals geleitet von Karl Immervoll, eine KAB, die dialogisch und mutig aktuelle Themen aufgreift. Und mein ehrenamtliches Engagement in Leoben, ob in der Kleiderbörse oder beim NähCaj für Asylwerberinnen und

Asylwerber, erinnert mich immer wieder daran, dass es im Kern um Begegnung, Würde und konkrete Solidarität geht.

Die Aufgaben als KABÖ Generalsekretärin sehe ich als Chance, gemeinsam mit engagierten Kolleg:innen die Stimme für Menschen in der Arbeitswelt in Kirche und Gesellschaft zu stärken. Ich freue mich, meine Erfahrungen, meine Energie und meine Leidenschaft für gerechtere Strukturen in diese verantwortungsvolle Aufgabe einzubringen. ■



Auf gute Zusammenarbeit: Treffen zwischen Bundesvorsitzendem Hubert Gratzner und Generalsekretärin Veronika Abel in Spital am Pyhrn

FOTO: PRIVAT

Im Gespräch bleiben – auch über soziale Gerechtigkeit

Angetrieben vom KAJ Spirit, den in der Nachkriegszeit Joseph Cardijn entzündet hatte, entwickelte der langjährige KAJ und spätere KAB Aktivist **JOHANNES LABNER** die Veranstaltungsreihe „KAB+ Dialog“, um „über Gott & die Welt“ ins Gespräch zu kommen.

Ja, wir leben in einer Zeit des Wandels – die Sicherheiten nehmen ab, die Herausforderungen durch Klimaveränderung, Kriege, Migration und Technologiewandel nehmen zu, die Verunsicherung steigt, pauschale Vereinfachungen finden neuen Zuspruch, das Misstrauen Politiker:innen gegenüber wächst, zunehmend scheint Demokratie als Idealform des gesellschaftlichen Handelns in Frage gestellt.



Johannes Labner im Gespräch mit der Grazer Bürgermeisterin Elke Kahr, die von ihm das KAB-Buch „Sehen-Urteilen-Handeln“ überreicht bekommt.

„Sehen – Urteilen – Handeln“ lautete einst eine der Handlungsanweisungen des belgischen Arbeiterpriesters und späteren Kardinals Joseph Cardijn, der uns seinerzeit als Anhänger der von ihm gegründeten internationalen Arbeiterjugend-Bewegung zum Tun in den Aufbruchsjahren nach dem 2. Weltkrieg auch hierzulande motivierte. Heute ist die Zeit der Bannerschwingenden CAJ-Aufmärsche in unseren Straßen längst Geschichte, auch die KAB-Arbeit als Nachfolgeorganisation der Cardijn-Jugendarbeit nur mehr in einigen Diözesen vorhanden, die kirchliche Jugendarbeit mit neuen Inhalten akzentuiert.

Was bleibt von Cardijns Konzept, Jugendliche als Missionare für die Frohbotschaft Christi in der Arbeiter:innenschaft zu ermutigen und zu befähigen? Der Selbstbewusstsein verheißende Leitspruch des Arbeiterpriesters lautete, dass „jeder junge Arbeiter/jede junge Arbeiterin mehr wert ist als alles Gold der Erde“.

Neue Zeiten, neue Formen

Ja – diese Zeit der klar strukturierten Gesellschaft, der Arbeiterklasse, der abgegrenzten Stände,

des materiellen Mangels, die traditionelle Begrenzung des Zugangs zu Bildung und Aufstiegsmöglichkeiten ist vorbei – aber es gibt noch immer neue Bereiche, wo Unterstützung für den Einzelnen, wo Solidarität für die Schwachen im gesellschaftlichen Miteinander nötig ist, wo über soziale Gerechtigkeit gesprochen werden muss.

Deshalb laden wir in der Veranstaltungsreihe „KAB+ Dialog“ ein, mit prominenten Gästen „über Gott & die Welt“ ins Gespräch zu kommen. Nicht im pfarrlichen Veranstaltungssaal, sondern im Bezirksamt des Grazer Stadtbezirks Andritz, wo bewusst auch frei und offen über ideologisch-weltanschauliche Grenzen hinweg der Meinungsaustausch einmal monatlich stattfindet. Um auch Berufstätigen die Möglichkeit zu bieten, sich in Sorge um das Gemeinwohl mit Gleich- oder Andersdenkenden austauschen zu können, bieten wir im Herbst 2026 in Kooperation mit dem Verein „Lebenswertes Andritz“ einen zusätzlichen KAB+ Gesprächstermin an. ■

Oh Gott – ein Sessel!

Vor dem Sozialmarkt treffe ich Irene. Sie ist zugezogen, alleinstehend, Mitte 40 und arbeitete im Gastgewerbe auf Saison. Als ich sie in einer Gruppe kennenlerne, ist ihr Platz stets neben der Tür, jederzeit bereit zur Flucht. Menschliche Nähe ist ihr unangenehm. Das ist auch der Grund, warum Beschäftigungen bisher scheiterten. Bis zuletzt hatte sie Arbeit für einige Stunden in einem Privathaushalt, das gab ihr eine Perspektive, an der Gesellschaft teilzunehmen. Mit der neuen Bestimmung, die Arbeitssuchenden keinen geringfügigen Zuverdienst mehr erlaubt, musste Irene ihre Beschäftigung aufgeben und hat dadurch noch weniger Geld.

Während die Reichen im Land verschont bleiben, wird bei den Beschäftigten gespart und werden Arme als Sozialschmarotzer diffamiert. Zwar soll die Sozialhilfe in Österreich vereinheitlicht werden, doch zunächst verschlechtert ein Bundesland nach dem anderen die Bedingungen. „Keinen Cent mehr für die, die nicht arbeiten wollen!“ heißt es seitens einer Landeshauptfrau. In ihren Augen haben diese Leute keine Hilfe verdient, ja, sind solcher unwürdig. Statt struktureller Analysen werden Bedürftige zu Schuldigen erklärt. Während die Arbeitslosigkeit steigt, kürzt der Staat Beschäftigungsprojekte, Sozialleistungen stagnieren. Von Armut Betroffene kommen in der Berichterstattung kaum vor. Es regt auch nicht auf, wenn Wohngeld, Familienleistungen, Sonder-

zahlungen gekürzt, soziale Einrichtungen und Beratungsstellen gestrichen werden.

Nun erzählt mir Irene, dass sie kaum genug Geld für Essen hat, doch irgendetwas gibt es im Sozialmarkt immer. In ihrer kleinen Wohnung finden sich wenige Möbelstücke: Eine Couch, auf der sie auch schläft und die Sitzgelegenheit zum Essen am viel zu hohen Tisch ist. Aber sie hat bei einem Flohmarkt um fünf Euro einen Sessel erstanden. Welch ein Fortschritt, ein Sessel! Ich bin sprachlos, kann ihre Freude über dieses Möbelstück kaum fassen. Hätte sie mich irgendwann darum gebeten, es wäre ein Leichtes gewesen, ihr einen Sessel zu besorgen. Doch ich war nie in ihrer Wohnung, und auch sonst niemand, soviel ich weiß. Nun kenne ich sie seit Jahren, weiß viel von ihr, von ihren Ansichten, auch von Geldnöten und ihrer bescheidenen Lebensweise, muss mir jedoch eingestehen: Ich weiß so vieles nicht. Woher weiß es die Landeshauptfrau? Papst Leo XIV. fordert in seiner neuen Enzyklika eine Wirtschaft, die die Würde des Menschen hervorhebt. Der Mensch ist nicht für die Arbeit da, sondern umgekehrt. Es gilt in der sozialen Lehre der Kirche der Vorrang der Arbeit vor dem Kapital.

Ich habe Irene gefragt, warum nur einen Sessel? Ihre Antwort: Erstens sei sie mit dem Fahrrad unterwegs, da wäre der eine schon mühsam zu transportieren und einen zweiten brauche sie nicht.



Karl A. Immervoll,
KABÖ-Bundesseelsorger,
ist gelernter Schuhmacher
und gründete 1984 mit einer
Gruppe Erwerbsarbeitsloser die
Waldviertler Schuhwerkstatt in
Schrems, heute Teil der GEA-
Gruppe von Heini Staudinger.

FOTO: MATTHIAS FRÖHLICH



Aufrecht statt gerädert

Eine Woche lang beschäftigten sich in Haltern a. S. in Nordrhein-Westfalen 30 Frauen der KAB Österreich und Deutschland sowie des KVV Südtirol mit dem Thema Frauengesundheit auf persönlicher und gesellschaftspolitischer Ebene. Von **ELISABETH ZEINDLINGER**

Für die KABÖ waren **MARIA LANGMAIER** (Wien) und **ELISABETH ZEINDLINGER** (OÖ) im Vorbereitungsteam dieser länderübergreifenden, alle zwei Jahre stattfindenden Veranstaltung.

Gespräche, kreativer Ausdruck und inhaltliche Inputs boten einen abwechslungsreichen Rahmen zur Auseinandersetzung mit Auswirkungen von Stress auf die Gesundheit, mit herausfordernden Momenten im Gesundheitssystem und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die sich negativ auf den gesundheitlichen Zustand auswirken.

Als eine der Referentinnen nahm **MAGDALENA HOLZTRATTNER** die Teilnehmerinnen auf eine sozioethische Spurensuche nach den Verbindungen zwischen Mental Load, Patriarchat und Kapitalismus mit. Weitere Themen waren ein notwendiger medizinischer Forschungsfokus auf Frauen und eine Carezentrierte Wirtschaft.

Zum ausführlichen Bericht auf der KABÖ-Homepage

